

Straßenumbenennungen

Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion Arbeitskreis für Kultur und Medien



ine totalitäre Praxis kehrt heute in deutsche Städte und Gemeinden zurück, die der "damnatio memoriae", der Verurteilung, der Verdammung – der Auslöschung der Erinnerung. Wie einst Stalin die Namen politisch in Ungnade Gefallener aus den Geschichtsbüchern tilgte, sollen heute immer mehr Namen von Persönlichkeiten aus der deutschen Geschichte von den Schildern unserer Straßen, Plätze und Gebäude verschwinden. Namen, die für den linken Zeitgeist nicht mehr "tragbar" sind, weil sie Diktatur, Rassismus oder Unrecht symbolisierten, wie es oft heißt. Sehr schnell ergeht daher heute die Forderung, Namen bestimmter Straßen, Plätze und Gebäude zu streichen und sie durch neue, unbelastete zu ersetzen.

Doch längst handelt es sich nicht mehr nur darum, jene Orte umzubenennen, die nach dem Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der Schriftstellerin Agnes Miegel oder dem Jagdflieger Werner Mölders benannt sind – nach Personen also, die in der Zeit des Nationalsozialismus gelebt und gewirkt haben – und die schon deshalb aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden sollen, weil sie den Kreis der damaligen Machthaber berührten.

Mittlerweile können Forderungen nach Umbenennung nahezu alles und jeden treffen: Die Straße, die nach Gerhard von Scharnhorst benannt ist, dem preußischen General der antinapoleonischen Befreiungskriege, weil er für eine militaristische Tradition stehe, wie die Initiatoren sagen. Oder auch die "Mohrenapotheke", weil ihr Name ein Wort beinhaltet, das heute einigen als rassistisch gilt. Auch der Deutsche Bundestag wird sich mit dieser Praxis auseinandersetzen müssen. Dort erhebt etwa die Fraktion Die Linke die Forderung, Straßen umzubenennen, die, so wörtlich, "kolonialrassistische Akteur*innen und Verbrecher*innen ehren".

Doch Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden sind mehr als nur Orientierung im öffentlichen Raum. Sie rufen historische Personen und Ereignisse wach. Sie schaffen und vermitteln Bewusstsein für die eigene Geschichte und Kultur. Und mit ihnen verbinden die Bewohner eines Ortes verschiedene kollektive und individuelle Erinnerungen.

Als immaterielles Kulturgut tragen Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden somit dazu bei, Städten und Gemeinden Identität zu geben. Die *damnatio memoriae*, die Verdammung der Erinnerung, verändert unmittelbar die Identität unserer Städte und Gemeinden. Mehr noch: Sie wird sie letztlich zerstören.

Mit der vorliegenden Schrift wollen wir die Ursachen und Motive für Straßenumbenennungen beleuchten, die Argumente und Strategien aufzeigen, wie sie zu verhindern sind, und über unsere Positionen als Arbeitskreis Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion informieren. Diese Broschüre ist aus einer Materialsammlung hervorgegangen, die für unseren Antrag "Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten" (Bundestagsdrucksache 19/15784) erstellt wurde und den wir inzwischen in den Bundestag eingebracht haben. Dieser Antrag befasst sich auch mit der Praxis der Straßenumbenennungen.

Berlin, im März 2020

Dr. Götz Frömming

Fötz Frömming

Mitglied im Arbeitskreis für Kultur und Medien

Dr. Marc Jongen

Leiter des Arbeitskreises für Kultur und Medien



Zur Entwicklung der Namen im öffentlichen Raum

Durch Straßennamen sollen sich die Bewohner und Besucher eines Ortes räumlich orientieren, sie sollen aber auch Personen, Ereignisse oder historische Stätten ehren oder an sie erinnern.

In vormoderner Zeit schlug sich in Straßennamen zunächst die lokale Geographie nieder. Ausgehend von einem bestimmten Ort bezeichneten sie Richtung, nächstliegende Orte oder auch Flurstücke sowie bestimmte Personengruppen und Handwerke, die in der Nähe angesiedelt waren. Namen wie Berliner Straße, Waldstraße, Kirchplatz und Gerberstraße deuten noch heute darauf hin.

In der Moderne allerdings, in der man sich mehr und mehr der eigenen Identität, Kultur und Geschichte vergewisserte, lösten sich Straßennamen oft von dem sie umgebenden Raum. Straßennamen hatten nun immer häufiger eine ideelle Bedeutung, die der jeweils vorherrschenden Kultur entsprang. Vor allem seit der Französischen Revolution und den napoleonischen Eroberungen war das der Fall. Mit den wachsenden Städten im 19. Jahrhundert sowie den größer werdenden Straßennetzen wuchs der Anteil von Personennamen, die man zur Straßenbenennung nutzte. Nunmehr wurden Straßen vor allem nach Künstlern, Angehörigen der Herrscherhäuser oder Soldaten benannt. Zu jener Zeit hatten Straßennamen in erster Linie ehrenden Charakter. So schrieb 1894 der Historiker und Schriftsteller Karl Graf von Rambaldi:

"Durch die Benennung von Straßen zur Ehrung wird das Andenken durch die Nachwelt überliefert und der Bevölkerung der Stadt geläufig [...]. In der Beschreibung der Schicksale eines großen Mannes entrollen wir zugleich [...] ein Bild der emporstrebenden menschlichen Natur und der Geschichte einer Zeitperiode [...]; es eröffnet sich uns durch die Aufzählung eine Reihe denkwürdiger Männer der Tempel des Ruhmes unserer Nation, und lebendig treten die Männer uns entgegen, umgeben vom Glanze der Verdienste, ein hellleuchtendes Licht auf ihre Zeit werfend. Alle Jahrhunderte reden durch sie zu uns und an unserem Auge zieht laut mahnend der Strom der Vergangenheit vorüber."1

Allerdings wurden mit den Namensgebungen im 19. Jahrhundert weder die Geschichte noch ihre Akteure repräsentativ, in einer Art Querschnitt, dargestellt. Bis heute spiegelt sich in Namensgebungen der Zeitgeist wider – und bis heute entscheiden bestimmte gesellschaftliche Eliten, wer durch eine Namensgebung zu Ehren kommt und wer nicht.

Straßennamen und Gedenkkulturen

Straßenumbenennungen sind Ausdruck einer bestimmten Geschichtspolitik. Allerdings wird

"[...] nicht nur in obrigkeitsstaatlichen Regimen oder in Diktaturen [...] eine solche Geschichtspolitik betrieben. Auch in demokratischen, auf Konkurrenz und Pluralismus basierenden Gesellschaften erkennt man schnell einen permanenten, interessengeleiteten Kampf um die Benennungsmacht. Wer sie geltend machen kann, wem es gelingt, eine bestimmte Erinnerungskultur zu aktualisieren oder abzudrängen und dadurch dem Vergessen anheimfallen zu lassen, vermag Orientierung zu geben und die Wahrnehmung der Realität zu steuern."²

Straßennamen sind daher Bestandteile einer spezifischen Gedenkkultur, die durch vielfältige Faktoren bestimmt ist. Zu ihnen gehören etwa die politische Kultur und das politische System. Obgleich Gedenkkulturen kaum messbar sind, sie miteinander konkurrieren und einander überlappen können, lassen sich in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert fünf solcher Gedenkkulturen ausmachen:

- die monarchisch-aristokratische Gedenkkultur, die bis 1918 existierte,
- die liberal-traditionelle Gedenkkultur der Weimarer Republik,
- die totalitären Gedenkkulturen des nationalsozialistischen Regimes und der DDR sowie
- die liberal-pluralistische Gedenkkultur der Bundesrepublik Deutschland.

Die Benennung von Straßen

Nach allgemeiner Auffassung zählt es in Deutschland zu den Aufgaben der jeweiligen Gemeinden, Straßen zu benennen. Um ungeachtet aller Landesgesetze und kommunaler Vorschriften zu einer einheitlichen Benennungspraxis zu gelangen, gab der Deutsche Städtetag 1981 folgende Empfehlungen zu Straßenbenennungen ab:

- Straßennamen sollten kurz, klar und einprägsam sein.
- Bei Straßennamen sollten historische Flurnamen Vorrang vor Personennamen haben.
- Das Geschichtsbild der nach Personen benannten Straßen sollte "abgeklärt" sein.

Die Orientierungsfunktion von Straßennamen sollte durch homogene Motivgruppen in zusammenhängenden Baugruppen gestärkt werden – so wie in
den Dichter-, Komponisten- und Singvogelvierteln, die es häufig in Deutschland
gibt.

Zudem wies der Städtetag darauf hin, dass eine Straßenbenennung in jedem Falle eine Ehrung darstelle und nicht als Mahnmal dienen könne, wolle man die Öffentlichkeit nicht überfordern und den grundsätzlichen Sinn von Straßennamen in Frage stellen. Es sei, so hieß es, niemandem zu vermitteln, dass die eine Straße als Ehrenmal und die andere als Mahnmal fungiere.³

² Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe – vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen, 2001, S. 6.
³ Frese, S. 26 ff.



Ehrende und erinnernde Funktion von Straßennamen

In der Diskussion um Straßenumbenennungen wird auch häufig darauf verwiesen, dass ein Straßenname eine Ehrung darstelle, sofern es sich um eine Persönlichkeit handele, bei Ereignissen und Orten hingegen die Erinnerungsfunktion hervortrete.⁴ So wird etwa mit der Berliner Richard-Wagner-Straße seit 1934 unweigerlich der deutsche Komponist geehrt; hingegen erinnert die seit 1874 bestehende Danziger Straße in Berlin heute noch daran, dass die Stadt Danzig früher zu Deutschland gehörte.

Dennoch erscheint diese Unterscheidung zu eng, um den Assoziationen, die in einer bestimmten Gedenkkultur entstehen können, Rechnung zu tragen: Das wird am Beispiel der seit 1990 existierenden Hiroshimastraße in Berlin oder den, zum Teil schon in der Weimarer Republik benannten, Langemarckstraßen ersichtlich. In beiden Fällen wird zunächst an ein Ereignis oder an einen Ort erinnert: im ersten an den Atombombenabwurf 1945 über der japanischen Stadt, im zweiten an die Gefechte deutscher Truppen 1914 in der Gegend um das belgische Dorf Langemarck, nach heutiger Schreibung Langemark, nördlich von Ypern. Doch wird mit diesen Benennungen wiederum auch an Personen erinnert, die mit diesen Orten in Verbindung stehen: bei der Hiroshimastraße an die Opfer der ersten Atombombe, bei der Langemarckstraße an die deutschen Gefallenen der verlustreichen Flandernschlacht 1914



Erinnert an den Atombombenabwurf über der japanischen Stadt, ehrt aber auch die Opfer: Hiroshimastraße in Berlin

Umgekehrt kann aber auch eine nach einem Ort benannte Straße über mehr als eine bloße Erinnerungsfunktion verfügen oder eine Straße, die einen Personennamen trägt, muss nicht unbedingt eine ehrende Funktion besitzen. Bei den Marienburger Straßen, Allensteinstraßen oder Königsberger Straßen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im westlichen Teil Deutschlands entstanden, verbindet sich das ehrende Gedenken mit dem Appell zur Bewahrung kultureller und historischer Identität – in dem Sinne, dass auch diese Orte einmal zu Deutschland gehörten.

Einem Dresdner hingegen, der heute die in der Stadt befindliche *Nieritzstraße* entlanggeht, wird dagegen kaum ein ehrendes Gedenken in den Sinn kommen, wenn er den Namen *Nieritz* auf dem Straßenschild liest: Benannt wurde sie – bereits drei Jahre nach seinem Tod – nach dem im 19. Jahr-

⁴ Pöppinghege, Reinhard: Geschichtspolitik per Stadtplan. Kontroversen zu historisch-politischen Straßennamen. In: Frese, Matthias: Straßennamen als Instrument von

Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Münster, 2012, S. 33. 5 Kästner, Erich: Als ich ein kleiner Junge war. München, 1973.

⁶ Kellerhof, Sven Felix: Was in der Langemarck-Schlacht wirklich geschah. In: Die Welt vom 10.11.2014, abgerufen am 26.03.2019 unter: https://www.welt.de/geschichte/artic-le134177791/Was-in-der-Langemarck-Schlacht-wirklich-geschah.html.

^{181341///91/}y48sin-dersangeniatis-scindan-winatargescindan-mini.

7 Unruh, Karl: Langemarck. Legende und Wirklichkeit. Koblenz, 1986.

8 Schröder, Klaus: Warum wir Thälmann nicht ehren sollten. In: Der Tagesspiegel vom 03.05.2012, abgerufen am 26.03.2019 unter: https://www.tagesspiegel.de/meinung/gastbeitrag-warum-wir-thaelmann-nicht-ehren-sollten/6581656.html.

hundert berühmten Volksschriftstellers Karl Gustav Nieritz (1795 – 1876). Seine Person und sein Werk sind schon seit langer Zeit vergessen. Der Dresdner Schriftsteller Erich Kästner wies bereits 1957 in seiner Autobiographie auf diesen Umstand hin.⁵ Die Gründe für eine Ehrung Nieritz' sind heute verblasst und nur noch Spezialisten bekannt. Insofern ehrt die *Nieritzstraße* heute nicht mehr den Schriftsteller, sondern erinnert nur noch an ihn.

Ferner lassen sich auch Transformationen des Sinngehalts innerhalb der Ehrungsund Erinnerungsfunktion bei Straßenna-

men feststellen. Ein Beispiel hierfür sind die erwähnten Langemarckstraßen: In den 1920er Jahren, vor allem aber ab 1932 - am 10. Juli 1932 wurde auf dem deut-Soldatenfriedschen hof in Langemark das Langemarck-Denkmal eingeweiht - erinnerten die Langemarckstraßen im Deutschen Reich an das zum heroischen Mythos

verklärte massenhafte Sterben junger deutscher Soldaten auf den Schlachtfeldern von Langemark. Die Straßenbenennung diente der Ehrung der Gefallenen.

Seit der wissenschaftlichen Erforschung des Langemarck-Mythos nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges⁶, spätestens aber mit den Diskussionen um die Umbenennungen der Langemarckstraßen in den 1990er Jahren, wirken andere Deutungen: Zu ihnen gehören die Auffassungen, mit der Schaffung des Mythos von Langemarck habe die seinerzeitige militärische Führung Deutsch-

lands von den furchtbaren Verlusten in den Flandernschlachten ablenken wollen und – als weitere Auffassung – die Nationalsozialisten hätten diesen Mythos instrumentalisiert, um die Deutschen auf einen nicht sehr fernen Krieg vorzubereiten. In diesem Interpretationskontext erscheinen die Gefallenen von Langemarck nicht mehr als Helden, die man ehrt, sondern als Opfer, derer man gedenkt.⁷

Als weiteres Beispiel der Deutungsverschiebungen bei Straßennamen können die *Thäl*mannstraßen gelten, die es in vielen Städten der ehemaligen DDR gibt. Benannt nach

> dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands und Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann, hatten sie in der DDR ehrenzweifelsohne de Funktion: An Thälmann erinnerte in der DDR nicht nur die der angegliederte FDI "Pionierorganisation Ernst Thälmann", auch Auszeichnungen sogenannte Arbeitskollektive und zahlrei-

che Schulen trugen seinen Namen. Die in der Bundesrepublik Deutschland gängige liberal-pluralistisch geprägte Gedenkkultur veränderte nach 1990 auch die Ehrungsund Gedenkkultur in den neuen Bundesländern. Seither wurde darauf verwiesen, dass Ernst Thälmann leidenschaftlich die Demokratie bekämpft und dabei auch mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet habe und es sein Ziel gewesen sei, eine kommunistische Diktatur zu errichten.⁸ Die ehrende Funktion der *Thälmannstraßen* begann damit zu schwinden. Dennoch dürfte es nach wie vor noch viele Bürger geben,

Die in der Bundesrepublik Deutschland gängige liberal-pluralistisch geprägte Gedenkkultur veränderte nach 1990 auch die Ehrungs- und Gedenkkultur in den neuen Bundesländern. Seither wurde darauf verwiesen, dass Ernst Thälmann leidenschaftlich die Demokratie bekämpft und dabei auch mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet habe.

die den *Thälmannstraßen* eine ehrende Funktion zuschreiben. Für andere hingegen wird Ernst Thälmann heute nur noch das prominente Opfer der Nationalsozialisten sein, das 1944 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet wurde. Die *Thälmannstraße* dürfte für diesen Personenkreis in erster Linie die Erinnerung an den kommunistischen Politiker Thälmann wachrufen.

Überhaupt können auch lange nachdem sich Gedenkkulturen verändert haben, individuelle und kollektive Erinnerungen an Namensgeber von Straßen höchst unterschiedlich sein: So kann etwa Paul von Hindenburg für die einen der erfolgreiche Feldherr des Ersten Weltkriegs sein, für die anderen der letzte Reichspräsident der Weimarer Republik, andere wiederum werden in ihm den "Steigbügelhalter Hitlers" sehen.

Nicht zuletzt ist es auch möglich, dass individuelle Erinnerungen an einen Straßennamen nicht zwingend mit den Namensgebern verbunden sind. Straßennamen können auch als Synonyme für andere Erfahrungen und Praktiken überliefert werden⁹: So wird ein Berliner, anders als etwa ein Tourist oder ein weniger in deutscher Geschichte Bewanderter, mit der Berliner Normannenstraße in erster Linie kein ehrendes Gedenken an den nordischen Volksstamm verbinden, sondern die mahnende Erinnerung daran, dass sich in dieser Straße die Zentrale des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR befand. Die Berliner Kurfürstenstraße hingegen ist vielleicht für einen geschichtsinteressierten Gast in Berlin eine ehrende Reminiszenz an die brandenburgischen Kurfürsten, Berliner wissen jedoch auch, dass diese Straße Teil des Berliner Rotlichtmilieus ist und werden an den Straßennamen nicht nur historisch akzentuierte Assoziationen knüpfen.

Da globale Vernetzung und Migration Gedenkkulturen von ihren ursprünglichen Räumen



Der Name sagt türkischstämmigen Anwohnern heute zumeist nichts: nach dem Cheruskerfürsten Hermann benannte Straße in Berlin.

lösen können, tritt das Phänomen, dass Benennungen von Straßen, Plätzen und Orten nicht mehr eindeutig, sondern vielfältig interpretiert werden, immer häufiger auf: Die in Berlin-Neukölln seit 1900 existierende Hermannstraße etwa würde wohl bei der Mehrheit ihrer türkischstämmigen Anwohner kaum ein ehrendes Gedenken an Hermann den Cherusker auslösen, der als nationaler Mythos im Deutschland des 19. Jahrhunderts eine identifikationsstiftende Funktion hatte. Eher würden türkischstämmige Berliner vielleicht dem in Berlin-Marienfelde befindlichen Gallipoliweg eine ehrende Aufgabe zumessen – die Schlacht von Gallipoli, in der 1915 die osmanische Armee über australische Truppen siegte, wurde in der türkischen Geschichtsschreibung zum Mythos. Dass der Gallipoliweg seit 1931 tatsächlich an die Waffenbrüderschaft zwischen der Türkei und Deutschland im Ersten Weltkrieg erinnern soll, ist bei deutschstämmigen Berlinern hingegen kaum noch bekannt.

Angesichts dieser Befunde erscheint die These des Deutschen Städtetages nicht haltbar, wonach Straßennamen eine ausschließlich ehrende Funktion haben; vielmehr ist davon auszugehen, dass Straßennamen sowohl ehrend als auch erinnernd sein können.

Umbenennungen von Straßen

mbenennungen von Straßen sind in Deutschland zumeist Anzeichen und Folgen politischer Zäsuren. So waren Stra-Benumbenennungen nach den Umbrüchen der Jahre 1918, 1933, 1945 und 1990 sehr häufig - mit einer enormen Zunahme nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 und nach der sich ab 1945 verfestigenden kommunistischen Parteidiktatur auf dem Gebiet der späteren DDR. Namen wie Adolf Hitler, Horst Wessel, Ernst Thälmann oder Lenin sollten seinerzeit auf Straßenschildern und als Benennungen für Plätze kanonisierte Personen und die von ihnen verkörperten Werte und Ideologien transportieren und neue Machtansprüche demonstrieren.

In jüngster Zeit sind Straßenumbenennungen vor allem Ausdruck einer veränderten Sicht auf das Kaiserreich, die Weimarer Republik, die beiden deutschen Diktaturen sowie auf die Zeit des Kolonialismus. Diese Umbenennungen sind häufig inspiriert von sogenannten postkolonialen und feministischen Diskursen. Allerdings sind diese Ansätze sehr umstritten und gelten vielen als unwissenschaftlich.¹⁰

Als Grund für heutige Umbenennungen von Straßen wird dagegen häufig angeführt, dass die "Fortdauer der Ehrungen, ungeachtet der Entwicklungen von Bewusstsein und Recht", bei vielen Bürgern den "Eindruck einer Banalisierung von Geschichte"¹¹ hinterlasse. Allerdings steht dieses Argument im eklatanten Widerspruch zu der

vor allem von linker Seite immer wieder ins Feld geführten Verpflichtung, sich der Vergangenheit wertend zu nähern und aus ihr heraus Auffassungs- und Handlungsanweisungen für die Gegenwart abzuleiten. Wo nichts mehr an eine Vergangenheit erinnert, kann man sich mit ihr auch nicht mehr auseinandersetzen oder sie gar "bewältigen". Zudem wird häufig darauf verwiesen, man unterstütze "rechtsextreme Bewegungen", ließe man die in die Kritik geratenen Namen unangetastet.¹²

Die tieferen sozialpsychologischen Gründe für die Umbenennungen dürften jedoch im "progressiven Denken" zu finden sein. In ihm erscheint die Gegenwart immer als beginnende Zukunft – anders als im "konservativen Denken", das die Vergangenheit als sich gerade beschließende Gegenwart versteht. 13 Das progressive Denken geht daher stets mit einer besonderen Wertschätzung für das Neue, noch zu Schaffende einher, was eine potenzielle Entwertung der Vergangenheit zugunsten der Gegenwart nach sich zieht.

Der geringe Wert des Vergangenen im progressiven Denken spiegelt sich denn auch im historischen Gedächtnis, in der Ehrungsund Erinnerungskultur wider: Personen und ihr Wirken aus ihrer Zeit heraus zu begreifen, scheint im öffentlichen Diskurs kaum noch vermittelbar zu sein. Vielmehr lädt das progressive Denken dazu ein, Vergangenes aus einer heutigen Perspektive moralisierend zu bewerten.

¹⁰ So heißt es etwa, der Postkolonialismus stelle eine "ideologische Verlockung" dar, die den Multikulturalismus rechtfertige und nur den "Seelenzustand der Intellektuellen des Südens" zeige. Siehe Sibeud, Emmanuelle: Post-Colonial et Colonial Studies: enjeux et débats. In: Revue d'histoire moderne & contemporaine, 2004 – 2005. Feministische Ansätze, wie sie etwa auch in den Gender-Studies manifest sind, werden dagegen von verschiedenen Evolutionsbiologen als "leider weit verbreiteter antiwissenschaftlicher Hokuspokus" gewertet. Siehe Meyer, Axel: Adams Apfel und Evas Erbe. Wie die Gene unser Leben bestimmen und warum Frauen anders sind als Männer. München, 2015.

¹¹ Blogartikel zum Theme: http://97land.com/de-charlottesville-a-bordeaux-faut-il-debaptiser-les-rues-de-negriers; obgerufen am 16.01.2018 um 16.50 Uhr.

¹³ Siehe Mannheim, Karl: Konservativismus – ein Beitrag zu einer Soziologie des Wissens. Frankfurt/Main, 1984



Diskussionen über die Umbenennung von Straßen Fallbeispiel: Berlin, Afrikanisches Viertel

 nspiriert durch den postkolonialistischen Diskurs macht sich beispielsweise in Berlin-Wedding die Initiative "Decolonize Berlin" seit Jahren dafür stark, Straßen umzubenennen, die nach deutschen Kolonialpionieren benannt sind. Dazu zählten auch der Nachtigalplatz, die Lüderitzstra-Be und die Petersallee. Der Platz und die Straße wurden im Kaiserreich nach Gustav Nachtigal (1834 – 1885) und Adolf Lüderitz (1834 – 1886) benannt. Adolf Lüderitz war ein Kaufmann aus Bremen, der im heutigen Namibia Land erwarb und dort die Kolonie Deutsch-Südwestafrika gründete. Gustav Nachtigal aus Stendal hingegen war Ethnologe, ihn berief Reichskanzler Bismarck 1885 zum Reichskommissar für Deutsch-Südwestafrika.

Die beim *Nachtigalplatz* und der *Lüderitz*straße vorgebrachten Argumente für die Umbenennungen waren unter anderem folgende: Lüderitz und Nachtigal seien für die Toten der Aufstände der Nama und Herero verantwortlich – allerdings waren beide Männer zum Zeitpunkt der Erhebungen schon fast 20 Jahre tot und konnten insofern gar nicht für die Opfer verantwortlich sein.

Die Petersallee hingegen wurde nach dem damaligen Reichskommissar für den Kilimandscharo Dr. Carl Peters (1856 – 1918) benannt. Er wurde wegen seiner brutalen Methoden während eines Aufstands der Afrikaner 1891 in "Unehren" entlassen. Die Petersallee erhielt erst in der Zeit des Nationalsozialismus ihren Namen, als man Carl Peters als Vordenker des Dritten Reiches wiederentdeckte. In den 1980er Jahren wurde die Petersallee allerdings umgewidmet und erinnerte nun an den in Ber-



lin geborenen Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime und späteren CDU-Politiker Hans Peters (1896 – 1966). Die Initiative bemängelte jedoch, dass die Umwidmung nie rechtskräftig geworden sei. Der Name sei weiterhin belastet und nicht mehr haltbar.

Dieser Argumentation folgten die in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Mitte vertretenen Fraktionen von FDP, SPD und Bündnis90/Die Grünen sowie die Fraktion Die Linke, ferner die Gruppe der Piraten. 2016 beschlossen sie, den Nachtigalplatz, die Lüderitzstraße sowie die Petersallee umzubenennen. Die BVV setzte daraufhin eine Jury ein, bei der 196 Namensvorschläge der – oft aus Afrika stammenden – Bürger eingingen. Im Falle des "Afrikanischen Viertels" in Berlin legten umgehend 214 Geschäftsleute und Ärzte aus der Gegend beim Bezirksamt Widerspruch gegen die Umbenennung ein. Das

Vorgehen sei Verschwendung, unbegründet und lösche die Geschichte aus, hieß es unter anderem. 14 In der Folgezeit gab die Jury wiederholt Namen von in Frage kommenden Personen bekannt. Zu ihnen gehörte auch Nzinga von Matamba (1583 – 1663), eine Stammeskönigin auf dem Gebiet des heutigen Angola, die nachweislich in den Sklavenhandel verstrickt war. Die Umbenennungsgegner beanstandeten die Verfahrensweise, dass Namen in die engere Auswahl gekommen seien, die sich häufig gar nicht auf den Vorschlagslisten befunden hätten und dass das Verfahren an sich völlig intransparent sei.

Auf einer Informationsveranstaltung im März 2018 präsentierten die in der BVV vertretenen Fraktionen von FDP, SPD, Linke und Bündnis90/Die Grünen Gutachten, deren Autoren sich für eine Umbenennung der Straßen aussprachen. Sie folgten der Auffassung, wonach das Wirken von

¹⁴ Protest gegen Umbenennung: Neuer Streit um Straßennamen im Afrikanischen Viertel. In Berliner Zeitung vom 07.01.2019. Siehe auch: Wen wir ehren: In deutschen Städten heißen Straßen immer noch nach Kolonialverbrechern und Sklavenhändlern. Warum? In: Die Zeit vom 24.03.2016.

Nachtigal und Lüderitz nicht zu rechtfertigen sei und Straßen und Plätze ihre Namen daher nicht mehr tragen sollten. Es sei "unerträglich", sagte beispielsweise Martina Matischok (SPD), "dass die Straßen im Afrikanischen Viertel nach Tätern aus der deutschen Kolonialzeit benannt sind."¹⁵

Die AfD-Fraktion in der BVV Berlin-Mithingegen präsentierte ein Gutachten, in dem vorgeschlagen wurde, die Namen beizubehalten und über den historischen Kontext aufzuklären. Die Autoren betonten, dass die Mittel, um Kolonien zu erwerben und zu erhalten, aus heutiger Sicht befremdlich erscheinen, sie seinerzeit jedoch auch dem Zeitgeist, zivilisatorische Standards weiterzugeben, entsprangen und dass sich aufgrund dieser gängigen Vorstellung von Fortschritt alle Kolonialmächte berufen gefühlt hätten, in ihren Kolonialgebieten auf die heute angeprangerte Art und Weise vorzugehen. Die CDU-Fraktion beteiligte sich nicht an dem Verfahren.

Im April 2018 erging schließlich ein Beschluss der BVV: Die Lüderitzstraße soll nach Cornelius Fredericks umbenannt werden, einem der Anführer im Aufstand der Nama von 1904 bis 1908 in Deutsch-Südwestafrika. Der Nachtigalplatz soll die Namen von Emily und Rudolf Manga Bell tragen, die eine zentrale Rolle im Widerstand der Duala gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Deutsch-Kamerun spielten. Die Petersallee hingegen soll am ehemaligen Nachtigalplatz geteilt werden: Ihr nordöstlicher Abschnitt soll Anna-Mungunda-Allee heißen, nach der namibischen Unabhängigkeitsaktivistin, die in den 1950er Jahren in Windhoek/Namibia den Tod fand, und der südwestliche Abschnitt Maji-Ma-



Gustav N

¹⁵ Schupelius, Gunnar: Müssen die Namen der Kolonialzeit aus dem Afrikanischen Viertel verschwinden? In: BZ vom 20.03.2016. https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/muessen-die-namen-der-kolonialzeit-aus-dem-afrikanischen-viertel-verschwinden, abgerufen am 18.01.2018 um 14.06 Uhr



ji-Allee. Er soll an den Maji-Maji-Aufstand von 1905 bis 1907 in Deutsch-Ostafrika erinnern.

Mit Blick auf das weiter oben beschriebene progressive Denken bewegen sich somit Kolonialisierung und Straßenumbenennung in ein und derselben Struktur: Während die Kolonialpioniere zu aus heutiger Sicht abzulehnenden Mitteln griffen, um die indigenen Völker auf einen von ihnen, den Kolonialmächten, vorgegebenen Weg der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verpflichten, bemängeln die Verfechter der Straßenumbenennungen heute im Namen des moralischen Fortschritts die dabei angewandten Methoden. Doch in beiden Fällen geht es darum, Geschichte auszulöschen: Im ersten Fall tilgte die Kolonialisierung die Kultur der indigenen Völker. Im zweiten Fall eliminiert die Straßenumbenennung die Erinnerung an die kulturgeschichtliche Epoche des Kolonialismus.

Wurden seinerzeit die indigenen Völker nicht gefragt, ob sie sich unter die Herrschaft fremder Staaten begeben wollen, so werden heute die Anwohner der Straßen des "Afrikanischen Viertels" nicht gefragt, ob ihre Straßen neue Namen bekommen sollen. In beiden Fällen handelt es sich, so ließe sich zugespitzt sagen, um koloniale Akte.



Straßenumbenennungen international

Auch in anderen Ländern werden, angestoßen durch die Thesen des Postkolonialismus, Forderungen nach der Umbenennung von Straßen erhoben, die die Namen von Kolonialpionieren tragen: So formierte sich beispielsweise 2015 an der Universität Kapstadt in Südafrika die "Rhodes must fall"-Bewegung. Sie hatte zum Ziel, die Statue von Cecil Rhodes vor dem Universitätsgebäude in Kapstadt zu entfernen.

Spiegelte dies zunächst das bei vielen afrikanischen Nationen zu beobachtende Phänomen wider, sich auf die jüngste Vergangenheit zu konzentrieren und von der älteren Vergangenheit abzugrenzen, und wurde die Rhodes-Statue in Kapstadt dann auch tatsächlich entfernt, so blieb diese Bewegung nicht auf Südafrika beschränkt, sondern setzte ihre Kampagne sehr schnell in Großbritannien fort: 2016 forderten Studenten, dass die Rhodes-Statue am Oriel-College der Universität Oxford entfernt wird. Allerdings kam die Universitätsleitung dem nicht nach.

2017 forderten in Frankreich der Präsident des Conseil représentatif des associations noires de France Louis-Georges Tin sowie der Philosoph Louis Sala-Molins die Statue von Jean-Baptiste Colbert (1619 - 1683), dem Begründer des Merkantilismus und Finanzminister von Ludwig XIV, vor der französischen Nationalversammlung zu entfernen sowie alle nach ihm benannten Straßen und Schulen in Frankreich umzubenennen. 16 Als Begründung hierfür wurde angegeben, dass Colbert Autor des "code noir" gewesen sei, des berüchtigten Gesetzes, das den Umgang mit den Schwarzen in den französischen Kolonien regelte. Die Kampagne weitete sich aus; ihre Initiatoren verlangten schließlich, alle Straßen umzubenennen, die den Namen von Personen tragen, die in den Sklavenhandel des 17. Jahrhunderts verstrickt waren.

Im belgischen Anderlecht forderte 2017 die Gruppe Ecolo-Groen den *Square des Vétérans coloniaux* umzubenennen – bei den Vétérans coloniaux handelt es sich um eine Vereinigung, die 1928 von Josué



Henry de la Lindi (1869-1957) gegründet wurde, einem General der belgischen Armee, der sich unter anderem leidenschaftlich gegen die Sklaverei engagiert hatte.

Den erwähnten Umbenennungsforderungen widersprachen zahlreiche direkt Betroffene und Wissenschaftler verschiedener Fächer. Im Falle der Rhodes-Statue an der Universität Oxford gab es massive Widerstände unter der ehemaligen Studentenschaft. Auch der renommierte britische Kunsthistoriker Roy Strong schaltete sich in diese Diskussionen ein und sagte, sich an die aktiven Studenten wendend:

"Irgendwann einmal werden Sie die Geschichte umschreiben, so dass keine Statue, kein historisches Haus mehr steht. [...] Die Vergangenheit ist Vergangenheit. Sie können die Geschichte nicht umschreiben."17

Gérald Bronner, der französische Soziologe, erklärte im Zuge der Diskussion um die Colbert-Statue und die Colbert-Stra-Ben:

"Wenn man die Erinnerung an die Vergangenheit mit den moralischen Normen der Gegenwart erzwingt, lädt man nicht allein dazu ein, zu einer vereinfachten Lesart unserer gemeinsamen Geschichte zu gelangen, sondern befördert auch einen Prozess, der einmal angestoßen, nur schwer ein Ende findet."18

Außer auf den Verlust von Erinnerung, der durch die Straßenumbenennungen entstehen könnte, den undifferenzierten Blick auf die Geschichte sowie auf die potenziell endlose Anzahl an erwägenswerten Straßenumbenennungen weisen die Gegner der Umbenennungen darauf hin, dass es gerade von Geschichtsbewusstsein zeuge, Namen und Statuen zu belassen und sie heute in einen historischen Kontext zu stellen.

¹⁶ Siehe: Vos héros sont parfois nos bourreaux. In: Libération vom 28.08.2017.

 ¹⁷ Roy, Sfrong: Everywhere Sir Roy Sfrong looks, the thumbscrews are tightening. In: The Sunday Times, 03.09.2017.
 ¹⁸ Bronner, Gérald: Réponse à ceux qui veulent débaptiser les rues. In: Le point vom 18.09.2017.

Kontextualisierung von Straßennamen

D a ein Straßenname nicht zwingend eine ehrende Funktion haben muss. erscheint seine Kontextualisierung, zum Beispiel durch eine entsprechende Beschilderung, heute als geeignete Antwort auf Forderungen, Straßen umzubenennen: So entschied im Falle der Rhodes-Statue an der Universität Oxford 2016 das Oriel-College, dass die dortige Rhodes-Staute bleibt und dass angemessen über den historischen Kontext informiert werden soll.

Auch der Kommunalrat von Anderlecht beschloss, eine Studie zu erstellen, um eine "Rekontextualisierung" des Gedächtnisses an die koloniale Vergangenheit zu prüfen. Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der auch der belgisch-togolesische Journalist Kalvin Soiresse Njall angehörte, der die Umbenennung des Platzes ablehnte, da ansonsten Geschichte ausgelöscht werde; stattdessen solle dekonstruiert werden, was vorgefallen sei. 19



¹⁹ Faut-il débaptiser le square des Vétérans coloniaux? Anderlecht va commémorer aussi des acteurs de l'indépendance du Congo. Beitrag auf http://www.lavenir.net vom 29.09.2017 abgerufen am 16.01.2018 um 18.24 Uhr.

Das Konzept des "integralen Historismus"

Namen durch erklärende Schilder in einen historischen Kontext zu stellen, ist für den Arbeitskreis Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion ein geeignetes Instrument, dem Verlust von Kultur, Geschichte und Identität im Straßenbild zu begegnen. Wir sehen dies als Ausdruck eines "integralen Historismus", der alle erinnerungskulturellen Ansätze berücksichtigt.

Ein integraler Historismus bietet den konzeptionellen Rahmen, zu einer durchaus repräsentativen Darstellung von Geschichte im öffentlichen Raum zu gelangen. Er würde es darüber hinaus ermöglichen, auf Gedenkkulturen hinzuweisen und sie ihrerseits in einen zeitlich-politischen Kontext zu stellen, er würde verhindern, dass durch vorschnelle, dem Zeitgeist geschuldete Bewertungen Namensgeber von Straßen einer damnatio memoriae unterworfen werden und ermöglichte die Benennung von Straßen nach demokratischen Prinzipien. Er stünde auch nicht im Widerspruch zu den Funktionen der Straßennamen, die sowohl ehrend als auch erinnernd sein können. Folgte man bei der Würdigung von Straßennamen den Grundgedanken des integralen Historismus, erläuterte man also historisch Gewachsenes, anstatt es zu verdammen, würde dies auch dazu führen, dass sich nicht nur die Anwohner dieser Straßen,

sondern auch Gäste und andere interessierte Bürger wieder verstärkt mit der Regionalgeschichte als Teil der Weltgeschichte beschäftigten und so der schleichende Verlust von Geschichtsbewusstsein aufgehalten werden könnte.

Um das Konzept des integralen Historismus bei Straßennamen anzuwenden, sind nach Auffassung des Arbeitskreises Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion folgende Vorgaben und Maßnahmen einzuhalten und umzusetzen:

- Benennungen und Umbenennungen müssen Sache der Gemeinden bleiben.
- 2. Benennungen und Umbenennungen müssen nach umfassender Diskussion direkt durch die Einwohner beschlossen werden.
- Das Geschichtsbild der Namensgeber muss in seiner Komplexität und Kontroversität feststehen, was auch bedeutet, dass sich die dabei vertretenen wissenschaftlichen Ansätze nach kritischer Würdigung als in der Wissenschaft unstrittig erwiesen haben.
- 4. Die Namen von Straßen haben nur dann Gültigkeit, wenn der Namensgeber nach den gesetzlichen und übergesetzlichen Werten und Normen seiner Zeit nicht unehrenhaft oder verbrecherisch gehandelt hat



Zusammenfassung

Straßennamen sollen zunächst zur Orientierung dienen, aber auch an Orte, Ereignisse und Personen erinnern oder diese ehren.

In der vormodernen Epoche verwiesen Straßennamen oft auf die lokale Geographie sowie auf bestimmte Gewerbe und Personengruppen. Als Folge eines verstärkten Geschichts- und Identitätsbewusstseins in der Moderne wurden zur Benennung von Straßen zusehends Personennamen verwendet und damit die Werte und Taten, für die diese Personen standen, ideell hervorgehoben.

Straßennamen sind Ausdruck einer spezifischen Gedenkkultur. So hat es in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert fünf solcher Gedenkkulturen gegeben. Die Straßenbenennungen beziehen sich aber nicht nur auf die jeweilige, in einem bestimmten historischen Rahmen gültige Art und Weise des Gedenkens, sondern die Benennung von Straßen ist auch ein Mittel, eine bestimmte interessengeleitete Geschichtspolitik im öffentlichen Raum durchzusetzen.

In Deutschland zählt die Benennung von Straßen im Allgemeinen zu den Aufgaben der jeweiligen Gemeinden. Der Deutsche Städtetag gab dazu verschiedene Empfehlungen ab. Dazu zählt unter anderem, dass das Geschichtsbild möglicher Namensgeber von Straßen abgeklärt sein sollte. Er verwies zudem darauf, dass ein Straßenname in jedem Falle eine Ehrung darstelle.

Allerdings erscheint dieses Postulat zu eng, um den Assoziationen, die in einer bestimmten Gedenkkultur entstehen können, Rechnung zu tragen. So können Orts- und Personennamen sowohl ehrende als auch erinnernde Funktion haben und kollektive und individuelle Erinnerungen an Namensgeber von Straßen höchst unterschiedlich sein.

Straßenumbenennungen sind zumeist Ausdruck politischer Zäsuren, nach denen bestimmte Personen idealisiert, bestimmte Werte transportiert und neue Machtansprüche demonstriert werden sollen. In jüngster Zeit berufen sich die Initiatoren von Straßenumbenennungen häufig auf sogenannte postkoloniale und feministische Diskurse, deren theoretische Ansätze wissenschaftlich allerdings ausgesprochen umstritten sind.

Die heutige Praxis, Straßen, Plätze und Orte umzubenennen, entspringt zumeist der Weltsicht, wonach ein Vermächtnis in jedem Falle den heutigen politisch-korrekten Ansprüchen genügen muss. Personen und ihr Wirken aus ihrer Zeit heraus zu begreifen, ist dann kaum noch möglich. Vielmehr wird dazu eingeladen, Vergangenes vorschnell und moralisierend von heute aus zu bewerten.

Sogenannte postkoloniale Diskurse führten in jüngster Zeit in Deutschland, England, Frankreich und Belgien zu Diskussionen um Straßenumbenennungen. Hierbei argumentieren ihre Befürworter, dass die Fortdauer der bestehenden ehrenden Namennennungen bei vielen Bürgern den Eindruck einer Banalisierung von Geschichte hinterlasse, die auch rechtsextreme Bewegungen unterstütze. Gegner solcher Umbenennungen meinen indes, dass es durch diese Umbenennungen nicht nur zu einem Verlust von Erinnerung und damit von Geschichte über-

haupt, sondern auch zu einem quasi endlosen Prozess der Vergabe neuer Namen für Straßen kommen würde. Zudem zeuge es gerade von Geschichtsbewusstsein, die tradierten Namen zu belassen und sie in einen historischen Kontext zu stellen. Das Konzept des integralen Historismus des Arbeitskreises Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion knüpft daran an: Es favorisiert erklärende Tafeln bei Straßenschildern im Sinne eines Gedenkortes gegenüber Straßenumbenennungen, die die Erinnerung und damit die Geschichte auslöschen würden.



Berücksichtigte und weiterführende Literatur

Frese, Matthias: Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Münster, 2012.

Rambaldi, Karl Graf von: Die Münchner Straßennamen und ihre Erklärung. Ein Beitrag zur Heimatkunde. München, 1894.

Mannheim, Karl: Konservativismus – ein Beitrag zu einer Soziologie des Wissens. Frankfurt/Main, 1984.

Helmut Winkelmann: Das Recht der öffentlich-rechtlichen Namen und Bezeichnungen. Köln, 1984.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe – vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen, 2001.

Parlamentarische Initiativen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Große Anfrage: Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe in Museen und Sammlungen.

Bundestagsdrucksachen 19/6539 und 19/3264 http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/065/1906539.pdf



Antrag: Restitution von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext stoppen.

Bundestagsdrucksache 19/19914

https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/199/1919914.pdf



Antrag: Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten. Bundestagsdrucksache 19/15784

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/157/1915784.pdf



Expertenanhörung im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 03. April 2019 zum Thema: Rückgabe von kolonialen Kulturgütern aus deutschen Museen. https://dbtg.tv/cvid/7338404



Die Mitglieder des Arbeitskreises Kultur und Medien



Dr. Marc Jongen, MdBLeiter des Arbeitskreises Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion
Kulturpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion



Martin Renner, MdB

Mitglied des Arbeitskreises Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion

Medienpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion



Dr. Götz Frömming, MdBStellvertretendes Mitglied des Arbeitskreises Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion
Bildungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion



Thomas Ehrhorn, MdBStellvertretendes Mitglied des Arbeitskreises
Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion



Folgen Sie uns

- AfDBundestag.de
- f b.com/AfDimBundestag
- @AfDimBundestag
- youtube.com/ AfDFraktionimBundestag

Herausgeber: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Arbeitskreis Kultur und Medien Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 57141 Telefax: 030 227 56349 E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.